

## Eine seltsame Schwäche

Woher kommt die in der alltäglichen Konfrontation mit Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit so häufig zu spürende Unsicherheit, die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen? Ist es nur Gedankenlosigkeit, die dazu führt, die einmal (und mühselig) erreichten Freiheits- und Emanzipationsgrade preiszugeben, indem reaktionär-völkischen oder radikal-religiösen Kräften Zugeständnisse gemacht werden? Müssen wir wirklich salafistischen Schulmüttern gestatten, mit verhülltem Gesicht ein Schulgelände zu betreten? Was für ein Bild von der Frau vermitteln sie den Kindern, die sich dort aufhalten? Hat sie, die Frau, kein Recht auf öffentlich erkennbare Individualität?

Leider jedoch macht sich hier längst nicht jede Stadtverwaltung, längst nicht jede Sozialbehörde grade, wie ich in verschiedenen Bundesländern erfahren musste. Manchmal muss man sich als externer Berater den Mund fusselig reden, um an die Selbstverständlichkeit zu erinnern, dass die Verwaltung den Rechtsstaat nicht nur verkörpert, sondern auch *verteidigen* muss. Man erappt sich bei dem Gedanken: Weiß eigentlich die Person, die als Ministerpräsident/in amtiert, was sich in ihrem eigenen Bundesland abspielt - ?

Es lohnt, den Kontext, in dem wir handeln, historisch aufzuhellen und nach den Gegebenheiten im west- und im ostdeutschen Kollektivbewusstsein zu fragen. Die Kernthese dieser Reflexion basiert auf einer jahrelangen Beobachtung. Immer wieder treffen wir in der Demokratiebildung und in der Extremismusprävention auf Menschen mit einem eigentümlichen, in Deutschland offenbar verbreiteten Einstellungsprofil. Sie sind vehement für Freiheit und Menschenrechte, aber ausgesprochen abgeneigt allem gegenüber, was nach Staat riecht.

Im Vergleich zu anderen gefestigten Demokratien Europas verfügt die Bundesrepublik über die schärfsten Vorkehrungen gegen den Rückfall in eine Diktatur. Organisationen und Schriften, die bei unseren Nachbarn erlaubt sind, sind bei uns verboten - und wir sind sogar stolz darauf. Nicht nur der Art. 20.4 GG (Widerstandsrecht), auch das Strafgesetzbuch hat Entsprechendes zu bieten. Der Verfassungskonsens ist, wie Umfragen immer wieder zeigen, in Deutschland erfreulich breit verankert. Selbst unter den „alten“ Demokratien Europas gilt Deutschland mittlerweile als ein Hort demokratischer Stabilität. Die Niederlande mit ihrer wackligen Regierungsmehrheit, das in Wallonie und Flandern gespaltene Belgien, das xenophob degenerierte United Kingdom, das fremdenfeindliche Dänemark, das von Deutschümlern mitregierte Österreich - sie alle sind keine Aushängeschilder der europäischen Demokratie, ganz zu schweigen von all jenen EU-Neulingen, die den Rückwärtsgang in die Diktatur ganz ungeniert eingelegt haben.

Dennoch sind wir in Deutschland für die Auseinandersetzung mit den Feinden der Freiheit nicht wirklich gut aufgestellt. Hat das historische Gründe? In der deutschen Geschichte kämpft „das Volk“ nicht um Demokratie, und es tötet seine Tyrannen nicht. Daraus entspringt offenbar ein politisch-moralischer Minderwertigkeitskomplex, „nicht richtig demokratisch“ zu sein. In der alten Bundesrepublik hat die Achtundsechziger-

Bewegung ein Stück dazu beigetragen, diesen Komplex dialektisch aufzuheben - also die hilflose und inkonsequente Negation der NS-Vergangenheit zu negieren und damit erst der BRD zu einer Entwicklung zur wirklichen Demokratie zu verhelfen.

Aber mit der Stunde Null 1949 wie mit der Wende 1989 verbinden sich für Millionen eher Gefühle der Scham als Gefühle des Stolzes. Es gibt keine nationale Erzählung



der Selbstbefreiung; die Generation meiner Eltern ließ die alliierte *re-education* über sich ergehen, aber Heuss, Adenauer und Schumacher fanden keinen Einlass in die Geschichtsbücher meiner Schule. Unsere Lehrer konnten uns da nicht helfen. An meiner Hindenburgschule in Oldenburg - sie hieß übrigens noch bis 1981 so (!) -

waren im Lehrerkollegium die Kritiker des NS-Regimes eine kleine Minderheit. Wir Schüler hatten in unseren Lehrern keine Demokraten als Vorbilder. Sie konnten nicht von ihrem Freiheitskampf erzählen, sondern nur von ihrer Zeit bei der Wehrmacht Adolfs Hitlers. Sie hatten den neuen Staat nicht erkämpft, sondern rümpften über ihn die Nase. Sie machten uns nicht Mut, eine neue Ordnung aufzubauen, sondern träumten meistens eher von der alten. Als Schüler habe ich aus Lehrermund nie ein Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland gehört!

Wirkungsmächtig sind bis heute im kollektiven Bewusstsein erstaunlicherweise marxistische Gegen-Narrative wie die „Restauration des Kapitalismus in der BRD“ und die „Übernahme“ und „Abwicklung“ der DDR durch den Westen. Zu diesen Gegen-Narrativen gehört der Mythos der Emanzipation *vom* Staat, nicht *zum* (demokratischen Verfassungs-)Staat. Und aus dem „*vom*“ resultiert ein sonderbares Desinteresse an der Gestaltung staatlicher Ordnung.

In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Zustand der Freiheit im Jahr 2018 macht sich vor diesem Hintergrund ein fatales Defizit bemerkbar. Wir haben den Konsens über die individuelle Freiheit als Selbstverständlichkeit bei allen Zeitgenossen vorausgesetzt. Persönliche Freiheit war seit „unserer kleinen Kulturrevolution“ von 1968 (Koenen) im Überfluss vorhanden.

Jetzt aber sind junge Menschen von der Idee fasziniert, dass *Unfreiheit* etwas Gutes für sie und andere sei. Wir bräuchten also Dialogpartner für sie, die ihnen den Wert der Freiheit erklären. Das geht jedoch nur, wenn die Dialogpartner über die Fatalität der Unfreiheit etwas vortragen können. Beides, so behaupte ich, können die pädagogischen Akteure von heute kaum. Was Freiheit ist, ist ihnen *zu selbstverständlich*, als dass sie es erklären könnten; was Unfreiheit ist, ist ihnen *zu fremd*, als dass sie hier Auskunft geben könnten. Und was Diktatur ist, ist ihnen *zu politisch*. Eine mittlere oder

junge Lehrergeneration ist nachgewachsen, ohne jemals über das Grundgesetz und die Menschenrechte diskutiert zu haben.

Zugleich hat sich seit „Nine-Eleven“ in linksliberalen und vor allem grün-alternativen Kreisen ein neuer Werterelativismus breitgemacht, der sich als „fortschrittlich“ deklariert, weil anti-westlich und anti-kolonialistisch. Er kommt als Brückenbauer der Integration daher, bereitet jedoch anti-demokratischen Narrativen den Weg. Er denunziert den Menschenrechtsuniversalismus als Eurozentrismus und stellt die Errungenschaften des Lebensstilpluralismus und der Emanzipation in Frage. Es ist frappierend zu sehen, mit welcher Leichtfertigkeit von ihm das zentrale Narrativ des Islamismus, die „Demütigung aller Muslime“, übernommen und verstärkt wird.

Die Schwäche, mit der die demokratische Gesellschaft heute auf die Unterhöhnung ihrer eigenen Freiheit reagiert, liegt nicht nur darin, dass sie den Wert staatlicher Ordnung nicht erkennt, sondern auch darin, dass sie die Freiheit immer nur *vom Staat* bedroht sieht und nicht von gesellschaftlichen Kräften jenseits des Verfassungskonsenses – seien sie nun völkischer, rassistischer oder fanatisch-religiöser Art.

Die Crux der Gegenwart besteht darin, dass mächtige Strömungen sich bemerkbar machen, die sich aus Milieus und Schichten speisen, welche weder staatsnah noch privilegiert sind, aber dennoch in einem antagonistischen Verhältnis zu Freiheit und Emanzipation stehen.

Kurt Edler